

Auer Tageblatt

Verstellungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wochentlich, Preis 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. — Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen.

Telegramm: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 235

Donnerstag, den 8. Oktober 1925

20. Jahrgang

Frankreich besteht auf dem Durchmarschrecht?

Frankreich als Garant des Ostpattes.

Rom, 6. Oktober. Der Messaggero-Korrespondent in Locarno meldet, Briand habe Chamberlain die äußersten französischen Konzessionen wissen lassen, deren Ablehnung unabsehbare Folgen haben könnte. Es handelt sich um die Einwilligung in die sofortige Räumung Aöns, um weitgehende politische Konzessionen im Saargebiet und um eine Modifikation der Befehung des Rheinlandes bis zur „Ansihtbarkeit“ der Befehungstruppen. Diese äußersten Konzessionen sei Frankreich bereit unter der Bedingung zu gewähren, daß Deutschland ein Schiedsgerichtsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei schließt und den Durchzug durch deutsches Gebiet garantiere, für den Fall, daß Frankreich gezwungen sei, seinen Alliierten zu Hilfe zu kommen.

Das Bedenke, so hebt der „Messaggero“ ausdrücklich hervor, eine privilegierte Stellung Frankreichs als Schiedsrichter für deutsche Ostfragen. Die italienische Presse bewertet gerade die Durchzugsfrage als den heikelsten Punkt und sieht die sich infolge der geographischen Lage ergebenden Eventualitäten als die Hauptschwierigkeiten für die Unterzeichnung Italiens an, das Verpflichtungen unter so unsicheren und gefährlichen Verhältnissen nicht eingehen könnte. Viel-

fach wird auch das geforderte Durchmarschrecht als unvereinbar mit der souveränen Würde Deutschlands abgelehnt.

Der „flagrante“ Angriff.

London, 6. Oktober. „Manchester Guardian“ macht auf eine Schwierigkeit für die Konferenz aufmerksam. Bekanntlich habe Chamberlain in London Briand das Zugeständnis gemacht, daß England im Falle eines „flagranten Angriffes“ ohne vorherige Befragung des Völkerbundes auf der Seite des Angegriffenen in den Krieg eintreten werde. Allerdings habe England sich das Recht vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob ein „flagrante Angriff“ vorliege oder nicht. Da man jetzt mit der Möglichkeit rechnet, daß außer England auch Italien den Rheinpakt garantiere, so erhebt sich die Frage, was geschehen werde, wenn der eine Garant den Angriff für flagrant hält und der andere dem widerspricht. Das Blatt glaubt, daß man diese Schwierigkeiten durch eine Vereinbarung des Inhaltes überwinden könne, daß bei auseinandergehender Meinung stets der Angriff als nicht flagrant zu gelten habe, so daß der Fall vor den Völkerbund kommen müsse.

Optimismus in Locarno.

Locarno, 6. Oktober. Der Sonderberichterstatter des W. T. B. meldet: Heute vormittag 10 Uhr 30 Min. wurde die Besprechung der Juristen, die gestern vier Stunden gedauert hat, fortgesetzt.

Wie bereits gestern festgelegt, findet heute nachmittag 4 Uhr die zweite Vollsitzung statt, an der Minister Stresemann, dessen Befinden durchaus zufriedenstellend ist, teilnehmen wird.

Langsam beginnen auch die

Polen und die Tschechoslowaken

deren Beteiligung an der Konferenz der Regierungsvertreter bisher lediglich durch ihre Landesflaggen am Justizgebäude angedeutet war, sich in Locarno einzufinden. Der größte Teil der tschechischen Delegation trifft heute nachmittag ein und nimmt im Parkhotel Wohnung. Benesch selbst mit seiner nächsten Umgebung wird nunmehr endgültig morgen, Mittwoch, erwartet und wird im Hotel der alliierten Delegationen absteigen. Von den Polen ist bisher der Vertreter beim Völkerbund, der Ministerresident Morawski, der gestern eintraf, in Locarno anwesend. Heute folgte der Gesandte in Bern, v. Rodzelewski. Schließlich ist noch zwar nicht die Anwesenheit, so doch die Nachbarschaft des Sowjetbotschafters in Rom, Kerschenszky, zu verzeichnen, der in Stresa am Lago Maggiore eine Art Beobachtungsposition eingenommen zu haben scheint.

Der Minister des Äußerer Dr. Benesch ist heute um 10 Uhr 50 Min. vormittags von Prag zur Konferenz nach Locarno abgereist. Auf dem Bahnhof hatte sich außer tschechoslowakischen offiziellen Persönlichkeiten der deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, eingefunden.

Der Locarno-Bericht des neuen faschistischen Morgenblattes „Popolo de Roma“, dessen Korrespondent direkt durch die italienische Delegation informiert wird, stellt den guten Eindruck fest, den die deutsche Delegation auf die Alliierten durch den Verzicht auf eine nochmalige Diskussion über die Einleitung des Paktvertrages machte. Dadurch kam eine aufrichtige Herzlichkeit

zwischen den Kongreßteilnehmern zustande. Außerdem wird als besonders interessant ein Abänderungsantrag mitgeteilt, den der belgische Vertreter Vandervelde machte. Ein Artikel des Vertrages begann folgendermaßen: „Frankreich und Belgien stimmen mit Deutschland dahin überein . . .“ Vandervelde wollte aber, daß dieser Satz lauten sollte: „Frankreich stimmt mit Deutschland und Belgien dahin überein . . .“

„Belgien legt Wert auf seine Trennung von Frankreich“, meint der Korrespondent. „Das ist das Ende des französisch-belgischen Bündnisses.“ Der Korrespondent erzählt weiter, daß diesmal Chamberlain sich entschlossen habe, französisch zu sprechen, und so begann er seine Ansprache mit den Worten: „Très honorables Messieurs!“

Die französischen Berichte aus Locarno klingen durchaus optimistisch. Hinsichtlich

Des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

glaubt Sauerwein im „Matin“ bereits bedeutsame Anzeichen für eine Einigung feststellen zu können. Jedenfalls sei dieses Hindernis nicht unüberwindlich. Man könne Deutschland gestatten, mit dem Völkerbundrat Verhandlungen über die Anwendung des Artikels 16 des Völkerbundpakt anzuknüpfen. Außerdem dürfte das Eintreten Deutschlands in den Völkerbund, so meint Sauerwein, wesentliche moralische Vorteile für Deutschland mit sich bringen, zum mindesten hinsichtlich des Saargebiets und des besetzten Gebiets.

Mussolini fährt doch nach Locarno.

Paris, 6. Oktober. Der Sonderberichterstatter des Welt Journal in Locarno erklärt, es bestätige sich, daß Mussolini in vier oder fünf Tagen nach Locarno kommen werde, um dort einen 24 stündigen Aufenthalt zu nehmen.

Berichte um den Tschitscherin-Besuch.

Der „Matin“ hat behauptet, daß Tschitscherin in Berlin und in Warschau ein Militärbündnis angeboten habe. Offenbar ist diese Nachricht in die Welt gesetzt worden, um auf der Konferenz in Locarno, trotz Stresemanns bestimmten Erklärungen, eine Stimmung des Argwohns zu erzeugen. Natürlich hat Tschitscherin der deutschen Regierung kein militärisches Bündnis angeboten, und nichts Ähnliches ist auch nur mit der leisesten Andeutung berührt worden. Die ganze Meldung ist glatt erfunden. Auch in Warschau hat Tschitscherin ein solches Angebot nicht gemacht. Er ist im übrigen auch klug genug, um zu wissen, daß die polnische Regierung jedes Angebot von dieser oder annähernder Bedeutung sofort in London und in Paris bekanntgeben würde, um daraus Kapital zu schlagen.

Coolidge's neue Friedensrede.

Washington, 6. Oktober. Vor der Tagung der „American Legion“ in Omaha legte Präsident Coolidge ein neues entschiedenes Bekenntnis für die Sicherung des Weltfriedens ab, dem angesichts der Konferenz von Locarno ganz besondere Bedeutung zukommt. Einleitend kam der Präsident auf die Schrecken des letzten Krieges zu sprechen, um dann in einem Ausblick auf die Zukunft die Notwendigkeit des Verzichtes auf das alte System des Wetttrübens zu erörtern. Selbst die größte Armeer vermöge den Frieden nicht zu sichern. Statt dessen müßten Uebereinkünfte zu einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen getroffen werden. Durch gegenseitige Duldung werde sich die Menschheit größere Wohltaten sichern, als durch herausforderndes Benehmen, Egoismus, und nationalen Fanatismus. Welt mehr sei zu erreichen durch Pflege des Geistes der Versöhnlichkeit und Duldsamkeit. „Wir können“, sagte der Präsident, „zum Wohlergehen der Menschheit wenig beitragen, wenn wir uns einbilden, ein besseres Volk zu sein als die anderen. Die menschlichen Schwächen sind überall die gleichen, aber trotz alledem ist doch die ganze Menschheit in einer großen Bruderschaft vereint.“ Die wichtigste Aufgabe müsse darum sein, daß „Rassenfeindschaft, Haß und Verdächtigungen demobilisiert werden und an deren Stelle Duldsamkeit gegenüber allen Völkern der Erde trete“. Das Gewissen der Menschheit müsse mobilisiert werden. Daß Coolidge gerade diese ausgesprochen pazifistische Rede vor einer Tagung der von militaristischem Geiste getragenen „Amerikanischen Legion“ halten konnte, ist von größter Bedeutung.

Norwegens Anspruch auf Grönland.

Kopenhagen, 6. Oktober. Als im vorigen Jahre zwischen Dänemark und Norwegen das Uebereinkommen über Grönland abgeschlossen wurde, hatte Norwegen darauf bestanden, daß in das Protokoll die Erklärung aufgenommen wurde, daß Norwegen keineswegs Dänemarks Souveränität über ganz Grönland anerkenne. Da jetzt Dänemark mit England ein Abkommen getroffen hat, das diesem das Westbegünstigungsrecht für Grönland einräumt, hat sich Norwegen veranlaßt gesehen, durch seinen Londoner Gesandten das britische Außenministerium an den Vassus des Protokolls und die Ansprüche Norwegens zu erinnern. Jener Schritt ist gewiß nur als eine formelle Angelegenheit zu betrachten. Er zeigt aber, daß Norwegen, obwohl es mit seiner Aufassung der grönlandischen Souveränitätsfrage ziemlich allein steht, unbedingt an seiner Auffassung festhalten entschlossen ist.

Von der Konferenz der Interparlamentarischen Union.

Washington, 6. Okt. Die Konferenz der interparlamentarischen Union nahm heute außer dem Antrag des englischen Generals Spears über die Frage der entmilitarisierten Zonen eine Entschließung des dänischen Delegierten Munch betreffend eines Unterausschusses zur Prüfung der Methoden einer Rüstungsbeschränkung an. In der Entschließung Munchs heißt es: Zur Herbeiführung der Rüstungsbeschränkung ist es dringend notwendig, ein Gefühl der Sicherheit zu geben, was dazu beitragen würde, die zur Annahme eines tatsächlichen Abkommens zu veranlassen.

Empfang Tschitscherins durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 6. Oktober. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Volkskommissar des Auswärtigen, Herrn Tschitscherin, der von dem Botschafter der Sowjetunion, Herrn Krestinsky, begleitet war.

Deutsch-russisches Bank- und Handelskreditabkommen.

Moskau, 6. Oktober. Wie der Finanzminister Sokolnikoff einem Vertreter der Sowjet-Telegraphen-Agentur mitteilte, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Millionen Goldmark zustande gekommen. Dieser Bankkredit soll zusammen mit einem Handelskredit die Wareneinfuhr aus Deutschland in Höhe von 100 Millionen Mark ermöglichen. Der deutsche Kredit wird, wie Sokolnikoff erklärte, die sofortige Erweiterung der Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen ermöglichen, und zwar noch, ehe Russland aus eigenen Exporten Auslandswaluten erhält. Der deutsche Kredit soll den Anstoß zu einer Reihe großangelegter und langfristiger Kreditabkommen der Staatsbank bilden.

Die Frankfurter Amerika-Anleihe abgeschlossen.

Die durch Vermittlung der Bankfirmen Lazari Speyer Ellissen und Jakob S. H. in Frankfurt am Main mit den Bankfirmen Speyer & Co., New York als Führer eines amerikanischen Konsortiums und mit Mendelsohn & Co., Amsterdam, welche eine holländische Bankengruppe vertreten, geführten Verhandlungen betreffs Abschusses einer ausländischen Anleihe der Stadt Frankfurt am Main sind, wie die Frankfurter Zeitung hört, zum Abschluß gekommen. Nähere Einzelheiten können erst bekannt gegeben werden, nachdem die erforderlichen Genehmigungen durch die zuständigen Behörden ausgesprochen sind. Wir hören aber, daß der holländischen Bankengruppe außer der oben erwähnten Firma noch die Niederländische Handelsmaatschappij in Amsterdam, die Bankfirmen Pierson und Co. in Amsterdam, Gebrüder Teizera de Mattor in Amsterdam und R. Mees und Zoonen in Rotterdam angehören und daß ein Teilbetrag der Anleihe auch in der Schweiz durch den Schweizerischen Bankverein untergebracht werden soll.

Aus der französischen Politik.

Eine Erklärung Paul-Boncour's.

Paris, 6. Oktober. Der sozialdemokratische Abgeordnete Paul-Boncour demontiert die Nachricht, daß er Kandidat für den Posten des Kriegsministers sei. Er werde keinen Ministerposten annehmen.

Reife de Monzie nach Algerien.

Unterrichtsminister de Monzie wird sich am Donnerstag nach Algerien begeben, um dort die archäologischen Entdeckungen zu besichtigen. Er wird gegen den 18. Oktober in Paris zurück erwartet.

Der Gesundheitszustand Herriot's.

Der Gesundheitszustand des Kammerpräsidenten Herriot ist zufriedenstellend. Er bedarf nur noch ein wenig der Ruhe.